



Foto: Fotolia/nito

Fotos: Anne-Katrin Becker



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 27. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 300

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Pudelwohl

Uwe Kalbe über unmoralischen Rückhalt für FDP-Chef Lindner

So fühle er sich in der FDP: pudelwohl. Des Großspenders naheliegende Begründung kommt im Falle von Hans-Georg Näder ganz ohne Schnörkel aus. Der vermeintliche Gönner erwartet etwas für seine Großzügigkeit – Großzügigkeit. Die kann in der Wirtschaftspolitik verschiedene Formen annehmen, Details lassen sich im Nachhinein klären. Verflechtungen von Politik und Wirtschaft, die man in anderen Zeiten Filz genannt hat, sind nicht nur in Ländern der sogenannten Dritten Welt gang und gäbe, sondern auch in Deutschland. Sie zeigen sich in Treffen, Gutachten, Gesetzesghostwritern aus Konzernen in den Ministerien und in Karriere-Drehtüren zwischen Politik und Wirtschaft. Parteispenden bereiten den Acker, auf dem zarte Pflänzchen für scheue, aber kapitale Rehe gezüchtet werden, damit diese sich heimisch fühlen. Standortvorteilpolitik ...

Dass die Summe der Großspenden im Bundestagswahljahr ausgerechnet in Richtung FDP einen solchen Aufwuchs erreichte, zeugt von klarer Erwartungshaltung. Wie von dringlichem Bedarf, den die Wirtschaft offenbar unter dem Eindruck einer sozialdemokratisch gefärbten Regierungspolitik verspürte. Und es erklärt zu gewissem Teil das Selbstbewusstsein, mit dem der neuliberale FDP-Solist Christian Lindner in den Jamaika-Sondierungen gegenüber seinen Gesprächspartnern auftreten konnte. Es speiste sich vielleicht nicht nur, aber gewiss auch aus millionenschwerer moralischer Unterstützung. Des Pudels Kern ist: dass sie unmoralisch ist.

UNTEN LINKS

Die SPD ist mal wieder in den dünnen Schlagzeilen, ohne dass es um GroKo, Martin Schulz oder deprimierende Wahlergebnisse gehen würde. Nein, ein Autofahrer lenkte am Heiligen Abend sein Gefährt in den Eingangsbereich des Willy-Brandt-Hauses. Passiert ist nichts weiter, aber nun wird gerätselt, was das Zeichen (denn am Heiligen Abend muss es ein Zeichen sein) bedeuten soll. Hat der Mann Willy Brandts verkehrspolitisches Bekenntnis »Wir wollen mehr Demokratie-Wagen!« falsch verstanden? Wollte er ein Signal gegen eine Neuauf- lage der (nun kommt es doch wieder) Großen Koalition ausschießen? Wollte er, vielleicht etwas ungeschickt, der guten alten Sozialdemokratie zuzurufen: »Fürchtet euch nicht!«? Das alles ginge ja noch. Sollte sich aber bewahrheiten, dass der Autofahrer in Suizidabsicht das Gebäude gerammt hat, wäre das ein gewaltiger Imageschaden für die Partei. Denn das wird es heißen: Jetzt fahren die Leute schon zum Sterben zur SPD. wh

ISSN 0323-3375



Wie aufgezogen

Arbeitsdruck und immer mehr Überstunden haben unangenehme Folgen – nicht nur in Japan

Berlin. Arbeit, Arbeit, Arbeit: Viele Beschäftigte tun mehr, als sie laut ihrem Anstellungsvertrag müssten; freiwillig oder auf Anweisung des Chefs. Über die Feiertage haben sie dann meist Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, dass es so nicht weitergeht – um dann das neue Jahr wieder mit zu viel Arbeit zu verbringen. Im Jahr 2016 wurden hierzulande offiziell über 493 Millionen unbezahlte Überstunden geleistet, wie die Bundesregierung kürzlich auf eine Anfrage der Linkspartei angab. Zahlen für 2017 liegen noch nicht vor. In Wirklichkeit dürften es noch etliche mehr sein, denn unbezahlte Überstunden werden oft nicht erfasst, die Betroffenen geben aus falsch verstandener Rücksicht weniger an, als sie geleistet haben. Oder sie merken gar nicht, dass das Berufsleben immer weiter in den Freizeitbereich eindringt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat für 2016 sogar die Zahl von 947 Millionen unbezahlten Überstunden ermittelt.

Der Dauerstress hat gesundheitliche Folgen: Burnout, Depressionen, die Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen – oft eine Folge von Überarbeitung. Das krassste Beispiel ist Japan: Dort gab es in den vergangenen Jahren Hunderte Todesfälle, die eindeutig in Verbindung mit beruflichem Stress und Überstunden standen; viele weitere so genannte Karoshi-Todesfälle erscheinen nicht in der Statistik – weil sie sich nicht nachweisen lassen oder weil selbst die Angehörigen Verständnis für dieses selbstzerstörerische Arbeitsethos aufbringen. Inzwischen denken Politik und Unternehmen langsam um; mit Drohnen sollen Beschäftigte abends aus dem Büros vertrieben werden, teilweise wird der Strom ausgeschaltet.

Soweit ist man hierzulande noch nicht, obwohl die hohe Zahl der Überstunden nicht nur dem Einzelnen, sondern auch dem Arbeitsmarkt schadet: Die unbezahlte Arbeit entspricht Hunderttausenden Vollzeitstellen, über die arbeitssuchende Menschen sich freuen würden. grg Seite 17

Foto: ddp images/Roberto Rizzo

Großspender bauen auf die FDP

Zuwendungen an Parteien von über 50 000 Euro stiegen in Wahljahr 2017 um ein Drittel

Parteispenden legen den Verdacht nahe, dass Politik im Sinne der Gönner beeinflusst werden soll. Die Liste der Großspenden Bundestags-Wahljahr 2017 bestätigt den Verdacht erneut.

Berlin. CDU und FDP haben im Wahljahr 2017 mit Abstand die meisten Großspenden von Wirtschaftsunternehmen und vermögenden Gönnern erhalten. Die CDU strich bis kurz vor Weihnachten meldepflichtige Großspenden von insgesamt fast 2,9 Millionen Euro ein, die FDP kam auf rund 1,9 Millionen Euro. Das geht aus Veröffentlichungen der Bundestagsverwaltung hervor.

Die FDP bekam damit nach einer Auswertung des Vereins Lobbycontrol mehr als doppelt so viel wie im Bundestagswahljahr 2013, auch an die CDU floss mehr Geld als vor vier Jahren. Insgesamt gingen 2017 rund 5,5 Millionen Euro an Großspenden an die im Bundestag vertretenen

Parteien. Die Grünen erhielten 373 000 Euro, die SPD nur 350 000 Euro – darunter von den Industriekonzernen Evonik sowie Daimler. CSU, LINKE und AfD gingen bei den meldepflichtigen Großspenden leer aus. Allerdings bekamen CSU wie AfD 2016 kurz vor Jahresende noch eine Großspende.

In Bundestagswahl-Jahren wird bedeutend mehr gespendet als sonst. Im Vergleich zum Wahljahr 2013 lagen die Großspenden 2017 nach Angaben des Vereins Lobbycontrol um insgesamt rund ein Drittel höher. Laut Parteiengesetz müssen Parteien Spenden von über 50 000 Euro sofort melden – die Bundestagsverwaltung veröffentlicht auch die Namen der Spender. Großspender an die FDP waren etwa der Arbeitgeberverband Südwestmetall – sowie der Unternehmer Hans-Georg Näder, Chef des Prothesenherstellers Otto Bock. Näder überwies in zwei

Tranchen insgesamt 200 000 Euro an die FDP, im September dazu noch 100 000 Euro an die CDU. Näder sagte der dpa: »Egal, ob in der Regierung oder in der Opposition: Ich bin sicher, dass die FDP wirtschaftspolitische Akzente setzen wird und unterstütze sie. Als Familienunternehmer fühle ich mich in der Partei pudelwohl, und das geht vielen meiner Unternehmerkollegen genauso.«

Die höchste Spende des Jahres, mehr als eine halbe Million Euro, überwies der Internet-Unternehmer Ralph Dommermuth auf das Konto der CDU. Aus der BMW-Aktionärsfamilie Quandt gingen 200 000 Euro je zur Hälfte an CDU und FDP. Daimler überwies neben der SPD auch der CDU 100 000 Euro. Der frühere Chef des Pharma- und Spezialchemiekonzerns Merck, Hans-Joachim Langmann, zahlte Mitte Juni 300 000 an die CDU und legte wenige Tage später noch einmal 70 000 drauf.

Die Rechenschaftsberichte für 2017 werden erst Mitte 2019 veröffentlicht. Nach dem Parteiengesetz müssen darin Spenden, die im Kalenderjahr die Summe von 10 000 Euro übersteigen, verzeichnet sein. Erst dann wird sichtbar, wenn Spender sechsstelligen Beträge in Tranchen unter 50 000 Euro überwiesen. Lobbycontrol fordert, eine Obergrenze für Parteispenden von 50 000 Euro einzuführen. dpa/nd

Lesen Sie heute im Ratgeber

Auf sieben Seiten die Neuerungen und Gesetzesänderungen, die im Jahr 2018 in Kraft treten.

IG Metall bereitet sich auf Streiks vor

Gewerkschaft findet Angebot der Unternehmen nicht akzeptabel

Frankfurt am Main. Die IG Metall droht den Arbeitgebern in der laufenden Metall-Tarifrunde mit einer schnellen Eskalation. »Mehr als zwei oder drei Wochen Warnstreiks machen ja keinen Sinn«, sagte der Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Jörg Hofmann, der dpa. Sollte sich bis Ende Januar nichts an der Position der Arbeitgeber ändern, werde die IG Metall über 24-Stunden-Warnstreiks nachdenken oder möglicherweise auch gleich zur Urabstimmung für Flächenstreiks aufrufen.

Nach zwei Verhandlungsrunden in allen Regionen noch in der am 31. Dezember auslaufenden Friedenspflicht stehen die Zeichen zum neuen Jahr bereits auf Warnstreiks. »Die Arbeitgeber haben ein mickriges Angebot vorgelegt, von dem sie selbst wissen, dass es so nicht kommt«, meinte Hofmann. »Ab dem 8. Januar geht die IG Metall in allen Regionen in Warnstreiks, in der Woche vorher kann es bereits zu einzelnen Maßnahmen in einigen Betrieben kommen.« dpa/nd

Bundesamt verfehlt Integrationsziele

Migranten warten länger auf Kurse

Berlin. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat 2017 seine Ziele beim Angebot von Integrationskursen für Migranten verfehlt. Die Wartezeit für solche Kurse sei im Laufe des Jahres bis Ende November auf 12,5 Wochen angestiegen, teilte die Behörde auf Anfrage der »Welt am Sonntag« mit. Damit liegt das Bundesamt weit hinter seinem zu Jahresanfang gesteckten Ziel von sechs Wochen Wartezeit. Im Januar hatte die durchschnittliche Wartezeit noch bei 10,9 Wochen gelegen. Das Amt müsse »noch besser darin werden, die Menschen schneller und gezielter in die Integrationskurse zu bringen«, sagte eine Sprecherin der Zeitung. Bundesamts-Präsidentin Jutta Cordt hatte die Integration von Geflüchteten mit Bleibeperspektive als eine »zentrale Aufgabe« bezeichnet. Insgesamt 430 000 Menschen sollten 2017 an Integrationskursen teilnehmen. Bis Mitte Dezember seien es allerdings nur etwas mehr als 280 000 neue Teilnehmer gewesen. Bei der »berufsbezogenen Sprachförderung« stehen geplanten 175 000 Kursteilnehmern etwa 84 000 gegenüber. AFP/nd Seiten 6 und 8

R2G forciert die Verkehrswende

Berliner Senatorin: Planung für neue Rad-Infrastruktur kommt voran

Berlin. Die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat nach Ansicht der verantwortlichen Senatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne) in diesem Jahr die Planung für erste geschützte Radfahrstreifen und Radschnellwege ein gutes Stück vorangebracht. Das sagte Günther im Interview mit »neues deutschland«. »Wir haben bei der Infra Velo GmbH, die neue, bezirksübergreifende Radwege planen wird, eine Geschäftsführung und acht von insgesamt 30 Beschäftigten eingestellt. In den Bezirken sind 14 von 24 neuen Radplanerstellen besetzt. In meinem Haus sind ab Januar zehn neue Stellen für die Radinfrastruktur besetzt«, sagte Günther. Allerdings suche die Tiefbauabteilung in der Senatsverwaltung nach wie vor Ingenieure. Es sei eine »unrealistische Erwartung, dass in zwölf Monaten in Berlin eine neue Infrastruktur sichtbar werden kann«, so die Senatorin, die für den rot-rot-grünen (R2G) Senat in Berlin die Verkehrswende bis zum Ende der Legislaturperiode vorantreiben soll. nic Seite 9